



weed

WEED Ilisu-update
Juli 2006

** Nachbesserungen zu Umweltstudie und Umsiedlungsplan veröffentlicht	S. 1
** Antiterrorgesetze verschärft	S. 2
** Gespräche mit Syrien und Irak auf technischer Ebene	S. 3
** Menschenrechtsgerichtshof prüft Klage	S. 3
** Besitzerwechsel abgeschlossen: VA Tech Hydro geht an Andritz AG	S. 3
** Delegationen aus der Ilisu-Region zu Gast in Europa	S. 4
** Bundesregierung beantwortet Anfragen	S. 5
** Mahnwache in Hamburg	S. 5
** Publikationen und Websites zu Ilisu	S. 6
** Zur Information: Die Europäische Ilisu-Kampagne	S. 7

**** Nachbesserungen zu Umweltstudie und Umsiedlungsplan veröffentlicht**

Am 14.6.2006 veröffentlichte das Konsortium Ergänzungen (amendments) zur Umweltverträglichkeitsprüfung und dem Umsiedlungsplan¹ in englischer Sprache. Vier Wochen später folgte auf Druck von Nichtregierungsorganisationen eine türkische Fassung. Diese Präzisierungen versteht das Konsortium als Antwort auf Rückfragen, die die Exportkreditagenturen zu den ursprünglichen Projektunterlagen gestellt hatten, und auf die von den Nichtregierungsorganisationen (NRO) vorgelegten Stellungnahmen.

Im Auftrag der Europäischen Ilisu-Kampagne hatten internationale Experten die im November veröffentlichten Dokumente (Umweltverträglichkeitsprüfung und Umsiedlungsplan) analysiert. Zu den beauftragten Experten gehören das Ingenieurbüro Philip Williams & Associates aus Kalifornien, das Wasserforschungsinstitut der

Eidgenössischen Technischen Hochschule (EA-WAG), der langjährige Umsiedlungsexperte der Weltbank Dr. Michael Cernea sowie ArchäologInnen, die über umfangreiche Erfahrung mit Ausgrabungen in der Türkei verfügen. Sie kamen eindeutig zu dem Schluss, dass die vorliegenden Projektunterlagen internationale Standards bei weitem nicht erfüllen und keine Basis für eine Entscheidung der Exportkreditagenturen darstellen können.² Auch zahlreiche Organisationen und Einzelpersonen aus der Türkei hatten in ihren Eingaben an die Exportkreditversicherungen die Unzulänglichkeit der Projektplanung dargestellt.

Die daraufhin von den Exportkreditagenturen an das Konsortium gestellten Rückfragen wurden mit der Publizierung der Antworten nun öffentlich.

¹ <http://www.ilisu-wasserkraftwerk.com/page.php?modul=HTMLPages&pid=53>

² Die Positionspapiere sind zu finden unter www.weed-online.org/ilisu.

Die erste Durchsicht der amendments ergibt allerdings, dass die grundsätzlichen von NRO und unabhängigen ExpertInnen vorgebrachten Kritikpunkte, sowie auch die von ECAs selbst aufgezeigten Mängel nicht ausgeräumt wurden. **Grundvoraussetzungen** für eine finanzielle Unterstützung sind **nach wie vor nicht erfüllt**. Dazu gehören z. B. eine akkurate Schätzung der Betroffenen, solide Budgetierung, die Absicherung gegen Verarmung, die Unterstützung der Betroffenen und lokalen Behörden für das Projekt, die Lösung der Umweltprobleme und vieles anderes mehr. Die Wasserabflussmenge wurde z. B. nicht verändert und eine Vereinbarung mit den Nachbarstaaten fehlt weiterhin, auch wenn es im Mai Gespräche auf technischer Ebene gegeben hat (s.u.). Die Errichtung zusätzlicher Kläranlagen wird zwar angekündigt, die Finanzierung bleibt aber offen. Die Auswirkungen des geplanten direkt stromabwärts folgenden Cizre-Dammes werden willkür-



Historisches Tor in Hasankeyf

lich mal in die Planung einbezogen und mal ignoriert. Wichtige zusätzliche Studien sollen erst nach Projektstart begonnen werden. Nach wie vor liegt kein realistischer Plan zur Wiederherstellung der Einkommen vor, Land zur Wiederansiedlung ist nicht vorhanden. Auch ein klarer Managementplan, der die Umsiedlung im Sinne eines eigenen Entwicklungsprojekts gewährleisten würde, wie Dr. Cernea dies gefordert hatte, ein unabhängiges Monitoring und ein juristisch einklagbarer Beschwerdemechanismus fehlen noch immer. Eine Diskussion der Tatsache, dass in der Region immer noch bewaffnete Auseinandersetzungen stattfinden und Teile des Reservoirs in der letzten Zeit nicht einmal zugänglich waren, sowie der Auswirkungen dieses Umstands auf das Projekt, wird komplett verweigert.

Die europäische Ilisu-Kampagne fordert die Exportkreditversicherungen daher weiterhin auf, die vorliegenden Garantieanträge nicht zu genehmigen.³

** Antiterrorgesetze verschärft

Am 29.6.2006 verschärfte die Türkei ihre Anti-Terrorismus-Gesetze. Die türkische Regierung begründet diese Maßnahme damit, dass sie effektiver gegen die aufständischen Kurden im Südosten des Landes vorgehen müsse.

Seit die Kurdische Arbeiterpartei PKK ihren fünf Jahren währenden einseitigen Waffenstillstand im Jahr 2004 aufkündigte, kommt es im Südosten der Türkei immer wieder zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit oft tödlichen Folgen. Ende März kam es nach der Beerdigungsfeier von vier durch das türkische Militär getöteten PKK-Mitgliedern zu Massendemonstrationen in Diyarbakir und in der Region. Diesen wurde mit einem aggressiven Militäreinsatz begegnet, was

dazu führte, dass die Proteste sich ausweiteten. Insgesamt wurden 14 Zivilisten in den Straßen gezielt erschossen, darunter auch Kinder, und unzählige Menschenrechtsverletzungen wurden begangen.⁴ Dem neuen Gesetz zufolge werden nun mehr Taten als bisher als terroristisch eingestuft. Wer in Verdacht steht, Ansichten von Aufständischen zu teilen oder eine Erklärung einer als illegal eingestuften Organisation veröffentlicht, muss bereits mit Sanktionen rechnen. Zudem erhalten Festgenommene zu einem wesentlich späteren Zeitpunkt als bislang Zugang zu einem Anwalt. Dies verstärkt die Möglichkeiten zu Folter, die bisher schon häufige Praxis in Gefängnissen ist, noch weiter. Die Hoffnung auf eine zunehmende Demokratisierung des Lan-

³ s. http://www2.weed-online.org/uploads/brief_an_ecas.pdf für eine Stellungnahme von eca-watch Österreich, Erklärung von Bern und WEED.

⁴ Eine Dokumentation der Geschehnisse durch den türkischen Menschenrechtsverein IHD findet sich unter http://www2.weed-online.org/uploads/Bericht_Menschenrechtsverletzungen_IHD_deutsch.

des hat sich damit zerschlagen. Da der Initiative zur Rettung Hasankeyfs bereits wiederholt vorgeworfen wurde, sich gegen die „nationalen Interessen der Türkei“ zu stellen, begeben sich auch die

damm äußern, in größere Gefahr als bisher. Vor allem für Landbewohner, fernab von Städten, steigt die Gefahr von Menschenrechtsverletzungen.

** Gespräche mit Syrien und Irak auf technischer Ebene

Ein zentraler Kritikpunkt am Ilisu-Projekt ist die fehlende Berücksichtigung grenzüberschreitender Auswirkungen und der Einbezug der Nachbarstaaten in die Projektplanung. Verschiedene internationale Konventionen schreiben die Information und Konsultation der flussabwärts gelegenen Anliegerstaaten zu einem frühen Zeitpunkt der Projektplanung vor. Die Weltbankrichtlinie zu Projekten an internationalen Wasserwegen fordert Konsultationen zum frühestmöglichen Zeitpunkt. Es sollen feste Vereinbarungen getroffen und eine positive Antwort er-

teilt werden, bevor das Projekt realisiert werden kann.

Am 24.05.2006 fand nun ein Treffen zwischen türkischen, irakischen und syrischen Beamten statt. Nach allen vorliegenden Informationen handelte es sich hierbei jedoch nur um ein technisches Komitee und um einen Informationsaustausch. Das geforderte Abkommen über den Tigris zwischen den Anrainerstaaten ist nach allen Angaben bisher nicht existent.

** Menschenrechtsgerichtshof prüft Klage

Der Europäische Menschenrechtsgerichtshof prüft, ob eine Klage gegen die Zerstörung der antiken Stadt Hasankeyf für zulässig erklärt wird. Im vergangenen März hatten der Herausgeber der Zeitschrift Atlas, Ozcan Yuksek, der Archäologe und frühere Ausgrabungsleiter von Hasankeyf Prof. Olus Arik, die Architektin Zeynep Ahunbay und der Rechtsanwalt Dr. Murat Cano Klage sowohl vor türkischen Gerichten als auch beim Europäischen Menschenrechtsgerichtshof gegen die Zerstörung der antiken Stadt Hasankeyf eingereicht. Sie fordern, dass Hasankeyf nach der Europäischen Konvention zum Schutz des Kulturellen Erbes an seinem natürlichen Platz erhalten werden muss. Der Menschenrechtsgerichtshof untersucht nun die Zulässig-

keit der Klage und holt Informationen zum Projektstand ein. Das Gericht steht mit der türkischen Regierung in Kontakt und erwartet sofortige Antworten auf die Frage, welche Maßnahmen die türkische Regierung trifft, um das kulturelle Erbe zu erhalten. Ob die Klage für zulässig erklärt wird, steht noch aus. Neben der türkischen Regierung sind auch Österreich, die Schweiz und Deutschland beklagt, sollten sie mit Exportkreditversicherungen zum Bau des Ilisu-Staudamms beitragen.

Ein anderes Verfahren gegen den Ilisu-Staudamm läuft bereits seit 1999 vor türkischen Gerichten, worüber immer noch entschieden wurde.

** Besitzerwechsel abgeschlossen: VA Tech Hydro geht an Andritz AG

Der Ilisu-Konsortialführer VA Tech Hydro wurde Anfang April von Siemens an die Grazer Firma Andritz AG verkauft. Damit ist das scheinbar ewig andauernde Übernahme-Karussell in Zusammenhang mit der VA Tech Hydro vorerst beendet: Nachdem die Kartellbehörde dem Kauf Anfang Juni zustimmte, wurde das Geschäft am 1. Juli rechtskräftig. Andritz steigt damit nach Menschen, die Widerstand gegen den Ilisu-Stau-

Angaben des Konzernchefs Leitner zum weltweit drittgrößten Lieferanten für Wasserturbinen auf.

WEED wird im Rahmen der europäischen Ilisu-Kampagne zusammen mit den Partnerorganisationen auch den neuen Besitzer nicht aus der Verantwortung entlassen.

** Delegation aus der Ilisu-Region zu Gast in Europa

Im Mai 2006 reisten mehrere Delegationen aus der Ilisu-Region nach Europa. Am 11. Mai diskutierten auf Einladung der EU-Parlamentarierinnen Rebecca Harms, Luisa Morgantini and Jean Lambert VertreterInnen aus Diyarbakir, darunter der Oberbürgermeister von Diyarbakir Osman Baydemir, Caglayan Ayhan von der Union der Gemeinden Südostanatoliens sowie Ercan Ayboga von der „Initiative to Keep Hasankeyf Alive“ mit Vertretern der EU-Kommission die Verantwortung der Europäischen Union in Zusammenhang mit dem Ilisu-Staudamm. Hierbei zeigten die anwesenden Mitglieder der Generaldirektorate einen fundierten Kenntnisstand und ein erfreulich hohes Problembewusstsein für die mit dem Staudamm verbundenen Implikationen und seine Unvereinbarkeit mit bestehenden EU-Standards.

Vom 14. bis 19. Mai reiste eine Delegation von BürgermeisterInnen und Aktivisten aus der Ilisu-Region in die Schweiz, nach Österreich und Deutschland, um EntscheidungsträgerInnen und die Öffentlichkeit in diesen Ländern über ihre Bedenken gegenüber dem Projekt zu informieren. Der Aufenthalt in Deutschland wurde von WEED organisiert und betreut, in der Schweiz und Österreich von Erklärung von Bern bzw. eca-watch Österreich. Die Delegation bestand zum einen aus den BürgermeisterInnen Yurdusev Özsökmenler und Hüseyin Kalkan. Frau Özsökmenler ist Bürgermeisterin des großen Bezirks Baglar der Provinzhauptstadt Diyarbakir. Dieser Bezirk wird einen großen Teil der für den Ilisu-Staudamm Umzusiedelnden aufnehmen müssen. Herr

Kalkan verwaltet die Provinzhauptstadt Batman. Nach Umfragen wollen mehr als 70 % der Projektbetroffenen in diese beide Städte umsiedeln, wenn sie ihre Heimat verlassen müssen. Mit Necattin Pirinccioglu, Architekt, Arif Arslan, Journalist, und Ercan Ayboga, Ingenieur, kamen Vertreter von lokalen Initiativen, die sich für den Erhalt von Hasankeyf und die Rechte der Betroffenen einsetzen. Sie trafen mit VertreterInnen der für die Bürgerschaftsvergabe zuständigen Ministerien sowie mit Bundestagsabgeordneten zusammen. Während die MinisteriumsvertreterInnen keinerlei Aussagen trafen, wie sie das Projekt derzeit

bewerten, zeigten sich Abgeordnete fast aller Fraktionen dem Anliegen der Delegation gegenüber aufgeschlossen und versprachen, diesbezüglich aktiv zu werden. Eine öffentliche Veranstaltung, ein Pressegespräch und ein Vernetzungstreffen mit deutschen Nichtregierungsorganisationen rundeten das äußerst erfolgreiche Besuchsprogramm ab.⁵

Auf die Frage, ob Hasankeyf an seinem jetzigen Standort nicht ein größeres touristisches Potenzial besitze als der geplante archäologische Park mit einigen „geretteten“ Monumenten, antwortete die Pro-Ilisu-Delegation: Hasankeyf stehe unter Denkmalschutz, derzeit dürften dort keine Hotels usw. gebaut werden. In einem Park dagegen sei die Schaffung touristischer Infrastruktur möglich.

Dies zeigt einmal mehr die Doppelmoral, mit der der Denkmalschutz und das Argument einer Entwicklung der Region von offizieller türkischer Seite behandelt werden.

Zeitgleich schickte das Konsortium eine „Pro Ilisu-Delegation“ auf die Reise in die Schweiz, nach Österreich und Deutschland. Einer der Teilnehmer, der Parlamentsabgeordnete Hamidi, besitzt große Ländereien in der Gegend und kann mit entsprechenden Abfindungen rechnen. Von einem weiteren Teilnehmer distanzierte sich die Organisation, in deren Namen er angeblich sprach. Bei einem Pressegespräch in Berlin, von dem WEED zufällig erfuhr,⁶ bestätigte sich der Eindruck, dass die Staudamm-Befürworter keine tragbare Entwicklungsperspektive für die Region präsentieren können.

⁵ Besonderer Dank gilt IPPNW und Gisela Penteker sowie der Stiftung Umverteilen für die Unterstützung der Veranstaltung.

⁶ Sowohl in der Schweiz als auch in Deutschland war das Konsortium eingeladen, an öffentlichen Diskussionsveranstaltungen mit der Delegation aus BürgermeisterInnen und Aktivisten teilzunehmen, nahm dieses Angebot aber nicht wahr.

** Bundesregierung beantwortet Anfragen

Die Bundestagsfraktion DIE LINKE. stellte Ende Mai eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung zur Hermes-Bürgschaft für das Ilisu-Staudammprojekt. Sie bezweckte damit, mehr über die bisherige Position der Bundesregierung und die zugrunde gelegten Entscheidungskriterien für die von der Züblin AG beantragte Hermesbürgschaft zu erfahren. In ihrer Antwort vom 13.6.2006⁷ verweigert die Bundesregierung jedoch jegliche Aussage, außer dass alle wesentlichen Aspekte von den Mandataren EulerHermes und PwC geprüft würden.

Erhellender - und noch erschreckender - ist demgegenüber die Antwort des Wirtschaftsministe-

riums auf einen Brief des Bundestagsabgeordneten Erich Fritz (CDU) vom 26.5.2006. Aus dieser wird ersichtlich, dass Aspekte, die nicht mit der Qualität des Projekts in Zusammenhang stehen, großen Einfluss auf die Bürgschaftsentscheidung haben werden. Dazu gehört vor allem die Konkurrenz mit chinesischen Anbietern, denen der türkische Staudammmarkt nicht überlassen werden soll. Die viel beschworenen Umweltstandards und Prüfkriterien bei Hermes drohen somit, zum Spielball politischen Kalküls zu werden.

** Mahnwache in Hamburg

Am 07.07.2006 fand auf Initiative der Kurdistan Hilfe e.V. und der Informationsstelle Kurdistan e.V. eine erste Mahnwache vor dem Gebäude von EulerHermes in Hamburg statt. Ca. 30 Teil-

nehmerInnen wiesen die MitarbeiterInnen der Kreditversicherung mit Transparenten, Infoblättern und in ausgiebigen Diskussionen auf die mit dem Ilisu-Projekt verbundenen Probleme hin.



© Foto: Annett Bender

⁷ BT-Drucksache 16/1804

** Publikationen und Websites zu Ilisu

Zum Scheitern verurteilt: Der Ilisu-Staudamm im Südosten der Türkei.

Autorinnen: Daniela Setton und Heike Drillisch. 90 Seiten DIN A4, Schutzgebühr 4,00 Euro. Bestellungen bei: weed@weed-online.org oder unter: www.weed-online.org/publikationen/bestellung/index.html

Seit Mai 2006 ist eine aktualisierte Fassung der WEED-Broschüre über den Ilisu-Staudamm in gedruckter Form erhältlich. Darin werden die Rahmenbedingungen der türkischen Staudampfpolitik, der Stand der Planungen, das neue Konsortium und Finanzierungsoptionen sowie die zu erwartenden ökologischen, sozialen, archäologischen, geopolitischen Auswirkungen dargestellt. Zudem wird der regulatorische Rahmen auf nationaler und europäischer Ebene erörtert und der sich entwickelnde Protest vor Ort vorgestellt. Eine umfassende Analyse der im November 2005 vom Konsortium vorgelegten Projektunterlagen (Umweltverträglichkeitsprüfung, Umsiedlungsplan) erfolgt in den einzelnen Kapiteln.



Im Schatten der Dämme: Kontroverse Wasserkraftwerke in der Türkei

Autorin: Christine Eberlein. 32 Seiten DIN A 5, Schutzgebühr 6,00 CHF (4,00 Euro). Bestellungen unter: <http://www.evb.ch/p8471.html> oder in Deutschland bei: heike.drillisch@weed-online.org.

Die im April 2006 veröffentlichte Dokumentation der Schweizer Organisation Erklärung von Bern gibt einen leicht lesbaren Einblick in die Projektplanung, die politischen Hintergründe in der Türkei und die soziale Situation in der Region sowie die mangelhafte Berücksichtigung der Projektfolgen für Menschen, Umwelt und Kulturgüter bei der Projektvorbereitung. Es folgen Forderungen der Erklärung von Bern an Konsortium und Bundesrat sowie eine Auseinandersetzung mit den Argumenten der Staudambefürworter.



WEED unterhält eine spezielle Website zum Ilisu-Staudamm: <http://www.weed-online.org/ilisu>. Auf ihr sind aktuelle Mitteilungen, Hintergrundinformationen, Gutachten, Dokumente, Stellungnahmen der europäischen Ilisu-Kampagne und der neuste Stand der Entwicklungen zusammengefasst. Auch das Abonnieren einer Ilisu-mailingliste ist dort möglich.

Ebenfalls eigene Ilisu-websites führen:

Erklärung von Bern (Schweiz): <http://www.evb.ch/p48.html>

eca-watch Österreich: <http://www.eca-watch.at/ilisu/index.html>

Initiative zur Rettung von Hasankeyf – „To Keep Hasankeyf Alive“ (Türkei): <http://www.hasankeyfrisimi.org> (türkisch / englisch)

** Zur Information: Die Europäische Ilisu-Kampagne

Wer wir sind: Wir arbeiten für Nichtregierungsorganisationen in Österreich, Belgien, Großbritannien, der Schweiz und Deutschland, die alle Teil der internationalen Kampagne für die Reform von Exportkreditagenturen sind.



Was wir tun: Wir sehen unsere Aufgaben darin, Exportkreditagenturen (ECAs) zu beobachten, auf ihre Bedeutung aufmerksam zu machen und auf die Einhaltung und Reform ökologischer, sozialer und menschenrechtlicher Standards hinzuwirken. Wir arbeiten mit Menschen zusammen, die in anderen Ländern von durch ECAs finanzierten Infrastrukturprojekten betroffen sind und unterstützen sie. Wir organisieren Protest und stellen kritisches Wissen bereit.

Was wir fordern: Wir fordern höhere Umwelt- und Sozialstandards sowie Transparenz in der Exportförderung und versuchen, betroffenen Menschen die Möglichkeit zu geben, ihre Anliegen und Forderungen an die Entscheidungsträger in den finanzierenden Ländern weiterzutragen.

Ziele der Ilisu-Kampagne sind:

- die Exportkreditagenturen durch öffentlichen Druck davon abzuhalten, den Bau des Ilisu-Staudamms zu unterstützen;
- die beteiligten Unternehmen dazu aufzufordern, ihrer sozialen und ökologischen Verantwortung nachzukommen;
- die Beitrittsverhandlungen zwischen der EU und der Türkei für die Einhaltung ökologischer, menschenrechtlicher und sozialer EU-Standards zu nutzen, sowie
- den lokalen Protest vor Ort zu unterstützen.

Beteiligte europäische Organisationen:

WEED Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung (Berlin); FERN (Brüssel); ECA-WATCH Österreich (Wien); Erklärung von Bern, (Zürich); Corner House (London); Kurdish Human Rights Project (London)

Für weitere Informationen:

WEED – Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung

Heike Drillisch: heike.drillisch@weed-online.org , ++49 – 030 – 275 82 249

Eca-Watch-Österreich

Nonno Breuss: Eca-Watch@gmx.at, ++43 – 650 – 586 39 12

Erklärung von Bern

Christine Eberlein: ceberlein@evb.ch, ++41 – 1 – 277 70 08

Dieses Update wurde mit freundlicher Unterstützung von Sigrid Rausing Trust (UK), Erklärung von Bern (CH) und Internationale Ärzte zur Verhütung eines Atomkriegs - IPPNW (D) erstellt.